Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 20 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 236. — 83 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, 8. Oktober 1924

Der steigende Stern.

Wenn es uns nur halb so gut gehen wird in unserer wirtschaftlichen Zu[illegible] wie es uns im Sachverständigengutachten prophezeit wird, dann können wir zufrieden sein. Denn das Ausland hat eine merkwürdige Hochachtung vor den Kräften, die in unserer Wirtschaft noch verborgen liegen und die nur darauf warten, sich zu strecken und zu dehnen und mit ihren Erzeugnissen jede ausländische Konkurrenz zu schlagen. Auch Mussolini ergeht sich in Zukunftsphantasien über die strahlende Zukunft der deutschen Wirtschaft und in einer Rede in Mailand sogar in den Satz ausgebrochen: „Ein neuer Stern erhebt sich über dem Horizont, der Stern Deutschland; Deutschland, das wir vernichtet glaubten, ist schon wieder bereit und bereitet sich furchtbar auf seine ökonomische Wiedervergeltung vor."

Natürlich ist zur Hälfte der Grund für diese Warnung in den gegenwärtigen innerpolitischen Strömungen Italiens zu suchen, weil Mussolinis etwas ins Schwanken geratene Machtstellung, weil der Faszismus als einziger Retter des bedrohten Italien gelten soll. Der Geburtenüberschuß sei in Italien ein so erheblicher, daß nur ein Höchstmaß von Organisation hier die notwendige Arbeits- und Verdienstmöglichkeit schaffen kann. Hier nun bräche die deutsche Gefahr in das überquellende, selbst nach Absatz im Ausland suchende Italien. Und Mussolini malt mit düsteren Farben das Schicksal, das dieses Land bedroht, wenn es nicht in innerer Stärke und Geschlossenheit den Kampf aufnimmt.

Also hat sich nun auch bei Mussolini die Erwägung eingestellt, daß nicht nur England oder Frankreich, sondern gerade Italien unter den Folgen der Reparationsverpflichtungen leiden kann, die man Deutschland auferlegt hat. Seit langem ist in weiten englischen Kreisen die klare Überlegung Gemeingut geworden, daß die Reparationsverpflichtungen Deutschlands mit nichts anderem als mit Gütern, also Waren, abgetragen werden. Denn Deutschland hat kein Gold, mit dem es bezahlen kann, und das Geld, mit dem es bezahlt, stellt nur einen Anspruch auf ein Sachgut dar. Nicht einmal das ist möglich, daß wir die Reparationsverpflichtungen ableisten können dadurch, daß wir nur Rohstoffe exportieren, die in der übrigen Welt gar nicht oder nur in einem beschränkten Maße vorkommen, also vor allem Kali und Kohle. Das würde nicht im entferntesten genügen, um unseren Verpflichtungen gerecht zu werden. Ebensowenig wäre das möglich, wenn wir außer den Rohstoffen höchstens Halbfabrikate ausführen würden, weil wir zur Herstellung der Halbfabrikate den größten Teil des Rohmaterials aus dem Auslande einführen müssen und die Gewinnspanne zwischen den Kosten dieses Rohstoffes und dem Preis, der für die Halbfabrikate zu erzielen ist, viel zu klein bleibt, um davon die riesigen Reparationsleistungen zahlen und außerdem noch einigermaßen menschlich leben zu können. Bleibt also nur Verwertung des Gewinnes, der bei einer Verarbeitung des Rohstoffes bis zum Fertigfabrikat höchster Qualität sich erzielen läßt.

Nun ist namentlich die oberschlesische Eisen- und Stahlindustrie das Kind der jüngsten Vergangenheit, namentlich des Krieges. Aber das Kind ist nicht gerade sehr kräftig und hat einen ziemlichen Wasserkopf. Herr Castiglioni, nach Mussolini der berühmteste Italiener des heutigen Tages, hat es ja trotz der vielen Millionen, die er sich zusammengeschoben hatte, nicht fertiggebracht, Italien durch Schaffung einer metallurgischen Rohstoffgrundlage von dem Eisenimport aus England und Frankreich unabhängig zu machen. Er hat den Erzberg der Alpino-Montan-A.-G. zwar erworben, aber nicht halten können. Und Kohlen haben die Italiener auch nicht. Natürlich fehlt ihnen auch die alteingearbeitete technische und Verkaufsorganisation der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Vor allem aber ist die gesamte italienische Wirtschaft von sehr erheblichen Steuern bedrückt, die in der vom Kriege her überkommenen Schuldenlast ihre Erklärung finden. Man kann es also verstehen, wenn Herrn Mussolini der Gedanke an einen wirtschaftlichen Wettkampf mit Deutschland nicht gerade sehr angenehm ist. Als Beispiel mag dienen, daß die italienischen Autofabrikate auf dem Weltmarkt so gut wie gar keine Rolle spielen. Und der Automobilmarkt umfaßt eins der wichtigsten modernen Produktionsgebiete!

Der Italiener ist überhaupt nicht sehr geschaffen zum Kaufmann. Fremde Sprachen beherrscht er kaum und es fehlt ihm die alte Tradition eines schon lange im industriellen Weltverkehr stehenden Volkes. Es ist alles zu neu in der Wirtschaft Italiens, das bis vor kurzem reiner Agrarstaat war und die Haupteinnahmequelle in der Fremdenindustrie sah. Nun sieht es in Deutschland den wirtschaftlichen Gegner, der mit allen Mitteln mindestens 3 Milliarden jährlich auf dem Weltmarkt verdienen will, um seinen Reparationszahlungsverpflichtungen nachzukommen. Nun kann man es verstehen, daß Mussolini mit vielem Eifer den französischen Vorschlag aufgriff, auch seinerseits die deutschen Importwaren mit der 26prozentigen Zollabgabe zu belasten. Das würde naturgemäß, obwohl den Exporteuren diese Abgabe vom Reich wiedererstattet wird, der deutschen Konkurrenz die Arbeit in Italien recht erschweren.

Diese einzelnen Überlegungen gelten aber nicht bloß für Italien, sondern auch für jedes andere Land, das hinsichtlich der Rohstoffvorräte oder der technischen Organisation Deutschland unterlegen ist. Sie alle müssen befürchten, daß ihre mehr oder weniger künstlich emporgezüchtete Industrie durch den deutschen Export an die Wand gedrückt wird. Dieselben wehleidigen Klagen, wie sie Mussolini erhebt, sind auch jetzt schon in der Tschechoslowakei außerordentlich laut geworden: die sächsische Textilindustrie hat die tschechische Konkurrenz in deren eigenem Lande vollständig lahmgelegt.

Weder Mussolini noch sonst jemand sollte Klagen erheben; denn die Weltwirtschaft kann eben nicht in ein vernünftiges Gleichgewicht der Kräfte gebracht werden, wenn ein Teil von ihr, Deutschland, mit der riesigen Last der Reparationsleistungen belegt ist. Als Reaktion darauf erfolgen eben die Störungen im weltwirtschaftlichen Kreislauf, über die zu klagen die Urheber am wenigsten Veranlassung haben.

Die deutsche Anleihe.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wieder in London.

Dr. Schacht ist bereits wieder von Berlin nach London zurückgereist. Er hatte seinen dortigen Aufenthalt nur unterbrochen, um der Generalversammlung der Reichsbank beizuwohnen, die sich mit der neuen Goldnotenbank zu befassen hatte. Reichsfinanzminister Dr. Luther, der zurzeit in Berlin ist, wird sich voraussichtlich Mitte dieser Woche wieder nach London begeben.

Das französische Mitglied des Dawes-Komitees, der Finanzpolitiker Parmentier, ist im Auftrage der französischen Regierung ebenfalls nach London abgereist, um dort mit den übrigen Fachleuten die Modalitäten der deutschen 800-Millionen-Goldmarkanleihe zu beraten. Es dreht sich hierbei um den auf Frankreich entfallenden Anteil dieser Anleihe sowie um die Frage, ob dieser Anteil zur öffentlichen Zeichnung offiziell ausgelegt werden oder lediglich den Banken vorbehalten bleiben soll, und schließlich um die Stückelung dieser Anleihe.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß wegen der gleichen Frage der Direktor der belgischen Nationalbank, Janssens, im Auftrage Belgiens in London verhandle. Es heißt, Frankreich soll von der Anleihe drei Millionen Pfund Sterling, Belgien anderthalb Millionen übernehmen.

Reichstagsauflösung in Sicht?

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 6. Oktober.

Heute ist das Reichskabinett zu längeren Beratungen zusammengetreten. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers werden eingehende Erwägungen angestellt über die Frage der Regierungsumbildung, und zwar dem Vernehmen nach auf der Grundlage der Volksgemeinschaft. Die Richtlinien des Reichskanzlers, die sich sowohl auf die innere wie äußere Politik beziehen, standen im Mittelpunkt der Besprechungen. Es wurde erwogen, in welcher Form die angebahnten Verhandlungen fortgesetzt und welche Folgerungen gezogen werden sollen, wenn der Gedanke der Volksgemeinschaft sich nicht wird verwirklichen lassen. Von einem bestimmten Beschluß verlautet noch nichts, doch hält man das Scheitern des Volksgemeinschaftsgedankens für unzweifelhaft.

In der großen Parteipresse wird ziemlich unverhohlen — und zwar jetzt auf allen Seiten — mit der baldigen Möglichkeit einer Reichstagsauflösung gerechnet. Ziemlich allgemein ist dabei die Ansicht, die letzte Entscheidung werde dem zum 15. Oktober einberufenen Reichstag überlassen bleiben. Die besonderen Konferenzen der Parteien gehen in den nächsten acht Tagen vor sich. Über die voraussichtliche Stellungnahme der Demokraten teilen einige ihrer Parteiblätter bereits mit, die Demokraten würden dem Plan einer Volksgemeinschaft beipflichten, aber eine einseitige Verbreiterung der jetzigen Regierungskoalition nach rechts ablehnen. Nach früheren Äußerungen der volksparteilichen Presse ist man jedoch bei der Deutschen Volkspartei entschlossen, auf Hinzuziehung der Deutschnationalen auf jeden Fall zu beharren. Maßgebend müßte natürlich das Zentrum die Gestalt der künftigen Regierung sowohl wie die Parole für eine Reichstagsauflösung beeinflussen. Doch verbleibt man bei dieser Partei, mit Ausnahme der ziemlich stark gegen den Bürgerblock und den Führer der Volkspartei, den Reichsaußenminister Dr. Stresemann, polemisierenden Germania, einstweilen in vorsichtiger Zurückhaltung. Jedenfalls scheinen die Aussichten einer Reichstagsauflösung näherzurücken.

*

Antwort auf die deutsche Denkschrift.

Durch Frankreich überreicht.

Paris, 6. Oktober.

Die französische Regierung hat dem deutschen Botschafter in Paris ihre Antwort auf das deutsche Memorandum bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zugehen lassen. Über den Inhalt der französischen Antwort verlautet vorläufig noch nichts. Er soll aber alsbald veröffentlicht werden.

Aus London wird gemeldet, über die Antwort an Deutschland habe ein Gedankenaustausch zwischen den interalliierten Regierungen stattgefunden. Die britische Antwort werde wahrscheinlich den Wunsch Deutschlands, dem Völkerbund beizutreten, begrüßen, anderseits werde sie es aber für notwendig halten, auf die unbedingte Aufrechterhaltung der Satzungen des Völkerbundes hinzuweisen. Schließlich würde sie empfehlen, daß [illegible] Aufnahmegesuch Deutschlands ohne weitere Vorbe[illegible] aufgesetzt werde. Lord Parmoor, der Vertreter Englands in Genf, erklärte, wenn Deutschland ein Aufnahmegesuch an den Völkerbund richten würde, so entständen wahrscheinlich keine Schwierigkeiten, denn nach den Vorschriften des Völkerbundes könne eine Sonderkonferenz einberufen werden, die die Aufnahme Deutschlands vollziehen könnte.

Weitere Veröffentlichungen aus den Versailler Geheimakten

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

München, 7. Oktober. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten", der „Hannoversche Kurier" und die „Münchner Neuesten Nachrichten" kündigen für den Monat Oktober das Erscheinen einer weiteren Serie von Artikeln aus den Geheimakten von Versailles an. Es werden zunächst Veröffentlichungen für folgende vier Abschnitte gebracht: 1. Foch gegen den Putsch im Jahre 1919; 2. England und die Ostfrage; 3. Abstimmungsfragen; 4. Die Militärkontrolle.

Briand für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Zürich, 7. Oktober. Der französische Völkerbundsdelegierte Briand erklärte kurz vor seiner Abreise aus Genf dem Genfer Sonderberichterstatter der „Neuen Züricher Zeitung": Wir haben hier die Basis einer neuen Welt geschaffen, einer Welt des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit der Völker. Von jetzt ab werden alle Völker zusammenarbeiten und zusammenmarschieren. Der Beitritt Deutschlands ist ein Ding der Notwendigkeit. Auch das deutsche Volk muß dabei sein. Ich hoffe, daß wir bald deutsche Delegierte in Genf sehen. Ich bin immer für ein gutes Einverständnis zwischen Frankreich und Deutschland gewesen. Auf französischer Seite gibt es dafür kein Hindernis. Mein Volk wünscht den Frieden und die Sicherheit. Das haben wir in Genf gesucht wie früher in Cannes. Friede für Frankreich, Friede für die Welt!

Ein neues französisch-polnisches Militärabkommen.

Warschau, 7. Oktober. Der polnische Kriegsminister General Sikorski reist in den nächsten Tagen nach Paris ab, um ein neues Militärabkommen zwischen Polen und Frankreich zu schließen. Bekanntlich weilt gegenwärtig auch der polnische General Haller in Paris. Das neue Abkommen ist durch die schwierige Lage Polens an seiner Westgrenze notwendig geworden, denn nach den neuesten Meldungen haben sich die Zustände dort erheblich verschlechtert. Auf mehreren Strecken fahren täglich mehrere Panzerzüge, um die Verbindungen aufrecht zu erhalten.

Die mandschurische Armee bei der Verfolgung.

Neuyork, 7. Oktober. Nach den neuesten Meldungen aus Schanghai wird an der ganzen chinesischen Front erbittert gekämpft. Der Sieg Tschangsolins über die Regierungstruppen bei Chepung und die Gefangennahme zweier Brigaden wird bestätigt. Die mandschurische Armee hat viel Material erbeutet und verfolgt drei Divisionen in südlicher Richtung.

Übergabe der Regiebahnen 16. November

Berlin, 6. Oktober.

• Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Verhandlungen zwischen der deutschen Reichsbahngesellschaft und der Regieverwaltung wegen der Übergabe der Regiebahnen sind nunmehr soweit zum Abschluß gebracht, daß als Termin für die Übergabe der 16. November festgesetzt worden ist. Da in den Londoner Abmachungen als spätester Termin der 7. Dezember festgelegt worden war, be-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF